

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

13.1.1906 (No. 12)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 13. Januar.

№ 12.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

## Ämtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 3. Januar d. J. gnädigst geruht, den Privatdozenten der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität Heidelberg Dr. Ernst Mohr aus Dresden und Dr. Kurt Herbst aus Meuselwitz den Titel außerordentlicher Professor zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 19. Dezember v. J. gnädigst geruht, die Reallehrer Emil Hummel an der Oberrealschule in Konstantz und Theodor Böhringer am Lehrerseminar in Meersburg landesherrlich anzustellen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 31. Dezember v. J. gnädigst geruht, den Polizeikommissar Emil Reimling in Freiburg, den Bezirksgeometer Wilhelm Schick in Nehl und den Revisor Karl Mühlbach bei der Landesversicherungsanstalt Baden landesherrlich anzustellen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 2. d. M. wurde den Aktuarien Emil Pfundstein in Breisach, Friedrich Steinmann in Lahr und Karl Wolf in Offenburg etatmäßige Amtsrevidentenstellen übertragen.

## Nicht-Ämtlicher Teil.

### Zur französischen Präsidentenwahl.

Der 16. Januar 1906 wird ein Tag von historischer Bedeutung sein. Die englischen Parlamentswahlen nehmen ihren Anfang, die Marokkofonferenz beginnt ihre Verhandlungen und Senat und Deputiertenkammer in Frankreich wählen den Präsidenten der französischen Republik.

Seute freilich erregt die Wahl eines französischen Präsidenten nicht mehr jene gewaltige Spannung, wie vor einem Vierteljahrhundert, wo es sich darum handelte, ob ein Republikaner oder ein offener Monarchist gewählt werden würde. In die Wahl eines royalistischen oder imperialistischen Präsidenten ist schon seit langer Zeit nicht mehr zu denken und die Monarchisten können ihren Einfluß nur insoweit geltend machen, als sie den einen republikanischen Bewerber gegen den andern unterstützen.

Der Günstling aller rechtsstehenden Gruppen ist diesmal Herr Doumer, der Präsident der Deputiertenkammer. Herr Doumer steht diesen Gruppen in seinen politischen Anschauungen keineswegs nahe, denn er ist ein Radikaler; aber er hat der Rechten geholfen, Herrn Combes zu stürzen, und dafür ist sie ihm dankbar. Denn noch heute ist aller Haß der rechts stehenden Parteien auf Herrn Combes konzentriert.

Der Kandidat des „Blocs“ ist der gegenwärtige Senatspräsident Fallières. Vor einigen Wochen sah es um den Bloc und damit auch um die Aussichten seines Kandidaten Fallières ziemlich schlecht aus. In der Kammer erlitt der Bloc Niederlage auf Niederlage, beispielsweise bei dem Antrage auf öffentliche Abstimmung bei der Wahl des Kammerpräsidenten. Zur Lande schien die Stimmung schlecht, weil die häßlichen Angebereifandale durch einige unangenehme Vorgänge zwischen Offizieren wieder in Erinnerung gebracht wurden. Außerdem hoffte die Rechte, daß die Annahme des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat im Senate einen Teil des Volkes erbittern, und daß diese Erbitterung bei den Senatswahlen zum Ausdruck gelangen würde.

In den letzten Tagen hat aber die Sonne dem Bloc wieder gelächelt. Die Senatswahlen haben stattgefunden, ohne daß sich die Hoffnungen der Rechten im mindesten verwirklicht hätten. Wohl hat auch der Bloc die Zahl seiner Senatsitze nicht vermehrt, aber wenn eine Parteigruppe von 103 Sitzen mehr als 70, also über zwei Drittel, bereits inne hat, so ist es schon ein großer Erfolg, wenn sie sich ohne jeden Verlust behaupten kann. Die Hauptsache aber ist, daß der Erwählte des Blocs für die Präsidentschaftskandidatur, Herr Fallières, in seinem Wahlkreise mit einer glänzenden Mehrheit wiedergewählt worden ist. Bei der vorigen Wahl erhielt er 394 Stimmen von 688, diesmal 513 von 662. Dieser starke Rück-

halt, den er bei seiner Wählerkraft hat, erhöht natürlich sein Ansehen, zunächst im Senate, dann aber auch bei der Präsidentschaftswahl; überdies ist Fallières bei der gestrigen Präsidentschaftswahl wieder gewählt worden.

Während die Stimmenmehrheit Fallières' bei der Senatswahl stieg, ist die des Herrn Doumer bei der Wahl zum Kammerpräsidenten gefallen. Bei der vorigen Wahl siegte er mit einer Mehrheit von 24 Stimmen, bei der Wahl am letzten Dienstag nur noch mit einer solchen von 18 Stimmen. Es ist ihm also nicht geblieben, die Zahl seiner Anhänger unter seinen radikalen Gesinnungsgenossen zu vermehren. Es ist anzunehmen, daß alle Stimmen, die bei der Wahl zum Kammerpräsidenten gegen ihn waren, auch am 16. Januar gegen ihn werden abgegeben werden, so daß die Mehrheit, die ihm die Deputiertenkammer geben wird, sehr gering sein dürfte. Andererseits ist es wahrscheinlich, daß diese geringe Mehrheit mehr als ausgeglichen wird durch das Plus von senatorialen Stimmen für Fallières. Diesem dürfte, abgesehen von seiner Beliebtheit im Senate, auch eine gewisse Eiferucht des Senats gegen die Kammer zugute kommen. Mancher Senator, der sonst vielleicht nicht viel für Fallières übrig hat, wird doch nicht wünschen, daß sein Präsident vom Kammerpräsidenten geschlagen wird.

So sind anscheinend die Aussichten des Herrn Fallières günstige. Er wird, falls er gewählt wird, zwar nicht so passiv sein, wie der aus dem Amte scheidende Herr Loubet, aber er wird auch nie so in den Vordergrund treten, wie es sein Rivale Doumer tun würde, wenn er das hohe Amt erhielte. Doumer ist sicherlich die energischer und interessanter Persönlichkeit. Gerade deshalb freilich ist es die Frage, ob unter seiner Präsidentschaft Frankreichs innere und äußere Politik einer ruhigen Entwicklung sicher wäre. Doch wäre immerhin möglich, daß weder Fallières noch Doumer, sondern — Rouvier aus der Wahl der Nationalversammlung als Präsident hervorgeht.

(Telegramme.)

\* Paris, 12. Jan. Der Senat wählte gestern Fallières mit 173 von 249 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder; 76 Stimmzettel wurden leer abgegeben.

\* Paris, 12. Jan. Die Abstimmungsziffer der gestrigen Senatspräsidentenwahl wird von den Radikalen als ein sicherer Beweis für den unzweifelhaften Sieg Fallières' bei der Präsidentschaftswahl ausgelegt. Die 173 Stimmen im Senat und 269 Stimmen in der Kammer sichern ihm die absolute Mehrheit im Versailles Kongress. Ueberdies haben sich 25 konservative Senatoren, die der Abstimmung nicht beizutreten konnten, brieflich bei Fallières entschuldigt. Die Konfessionen weisen darauf hin, daß Fallières gestern 26 Stimmen weniger erhalten habe, als bei der letzten Wahl, und ziehen daraus den Schluß, daß es in Versailles noch zu Uebererparungen kommen könnte.

\* Paris, 12. Jan. Deputiertenkammer. Doumer übernahm gestern nach seiner Wiederwahl das Präsidium unter Worten des Dankes und beglückwünschte das Haus zu dem im Laufe der letzten Session beendeten Arbeiten. Zum Schluß führte er dann aus: Das Land hat aus Anlaß von Zwischenfällen, die kürzlich die Beziehungen Frankreichs zu anderen Nationen hätten in Mitleidenschaft ziehen können, schon Gelegenheit zu würdigen, wie Sie es verstanden haben, den Parteienigen Einhalt zu gebieten und alle persönlichen Anschauungen bei Seite zu lassen, um sachlich und entschlossen sich um die Regierung zu scharen und ihr einmütig die Hilfe zu leisten, auf die ihre Autorität sich gründet und die ihr gestattet, aus vorübergehenden Schwierigkeiten mit Ehre herauszukommen. Das allgemeine Stimmrecht, das in einigen Monaten sein souveränes Wort verkünden lassen wird, wird diese schweren, wenn auch in gewisser Hinsicht tröstlichen Stunden nicht vergessen, sondern daraus die Lehre ziehen, die sie allen geben. Es wird sagen, daß unser Land, das selbst seiner moralischen wie seiner materiellen Kräfte sicher ist, das mit gleicher Entschlossenheit den Frieden aufrecht erhalten will, mit der es seine Unabhängigkeit, seine Würde und seinen Stolz als große Nation zu wahren weiß, daß dies Land aber es verteidigen wird, von denen, die von ihm ein Mandat erhalten, eine Politik zu fordern, die die Entwicklung der republikanischen Einrichtungen, den demokratischen Fortschritt und gleichzeitig das Gedeihen und die Größe der Nation sichert. (Beifall auf der Rechten und im Zentrum.) Die Kammer vertagt ihre Beratungen bis nach der Wahl des Präsidenten der Republik, d. h. bis zum 18. Januar.

## Marokko.

Der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ wird aus Berlin geschrieben:

Wir haben darauf hingewiesen, wie kategorisch der „Temps“ dem Marquis Visconti-Venosta als Richtschnur vorschreibt, auf der Konferenz in Algier die französische Marokkopolitik zu rechtfertigen und zu unterstützen. Das war schon eine recht achtbare Leistung; es gibt aber noch

hübschere. Der römische Mitarbeiter des „Figaro“ tadelt unter Berufung auf einen Artikel der „Stampa“, daß der Minister Tittoni eine nicht-mitteländische Macht zur Geltendmachung von Ansprüchen auf Marokko ermutigt habe. Er hätte sich erinnern müssen, daß, als Frankreich Bizerta besetzte, Italien die Einmischung Deutschlands anrief, und daß man in Berlin antwortete: „Deutschland ist keine Mittelmeeremacht und hat in Nordafrika keine Interessen zu verteidigen.“

Der zweite Teil dieser Erklärung ist, so uneingeschränkt, niemals abgegeben worden. Der erste aber gilt noch heute. Das Deutsche Reich ist keine Mittelmeeremacht. An den kampfhaften Bemühungen, mit der Konferenz in Algier die Probleme der Mittelmeerpolitik in Verbindung zu bringen, ist die deutsche Diplomatie nicht beteiligt. Das von uns mit Frankreich vereinbarte Konferenzprogramm schließt keine Entscheidung über Macht- und Hoheitsfragen an den Rändern des mittelländischen Meeres ein. Qui trop embrasse, mal étreint.

„Wenn Italien“, so heißt es in der römischen Mitteilung des „Figaro“ weiter, „seine Pflicht getan hätte, würden die deutschen Ansprüche bei allen Mächten auf Widerstand gestoßen sein, und Deutschland hätte dann seine Absichten auf Marokko fallen gelassen.“ Schade nur, daß die Macht, die annektionistische, protektormäßige Absichten auf Marokko (des vus sur le Maroc) hat, nicht Deutschland, sondern gerade Frankreich ist. Deutschlands nicht-territoriale Ansprüche stützen sich auf wohl-erworbene Rechte (Artikel 17 der Madrider Konvention), die durch Verträge zwischen dritten Mächten nicht angefaßt werden können. Wahrhaft klassisch aber ist die Zumutung, Italien hätte, um der Ehre willen, Frankreich bei der „Durchführung“ Marokkos behilflich sein zu dürfen, sein Bündnis und seine Freundschaft mit Deutschland aufs Spiel setzen sollen.

(Telegramme.)

\* Madrid, 12. Jan. Der Kriegsminister wies den Generalkapitän von Andalusien an, seinen Wohnsitz während der Dauer der Marokkofonferenz nach Algier zu verlegen. Der Kreuzer „Carlos V.“ und zwei Aviso werden zur Verfügung des Herzogs von Almodovar gestellt.

\* Paris, 12. Jan. Visconti Venosta empfing gestern abend den Besuch Rouviers und später den des Fürsten Radolin, mit dem er eine lange Unterredung hatte.

\* Paris, 12. Jan. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Redakteure mit Visconti Venosta, der folgendes erklärte: Die Wünsche ganz Italiens begleiten mich auf der Reise nach Algier, die warmsten Wünsche meines Landes, meines Königs und meiner Regierung, auf der Konferenz dahin zu arbeiten, daß alle Schwierigkeiten geordnet werden und eine Lösung der Spannung herbeigeführt werde, dessen dauernde Wirkung ein feiner Friede sein könnte. Ich bin überzeugt, daß wir dieses Ziel erreichen werden. Was mich betrifft, werde ich treu meinem Auftrage und als Freund Frankreichs und des Friedens meine Anstrengungen scheuen, um an der Verwirklichung dieses Werkes mitzuwirken. Meine Hoffnung ist, daß das Ergebnis unserer Beratungen den Erwartungen meines Landes entsprechen werde. Das sind meine aufrichtigen Gedanken, von denen ich durchdrungen bin und von denen ich mich stets leiten lassen werde.

\* Tanger, 12. Jan. Das hiesige „Eco Maritimo“ stellt die Tatsache, daß die deutsche Regierung sich mit den deutschen Kaufleuten in Marokko in Verbindung gesetzt und sich mit Vertretern der mit Marokko Handel treibenden in Berlin beraten hat, als ein Vorbild für andere Mächte und besonders für Spanien hin, denn die Vertreter des Handels seien am meisten geeignet, über die Zustände in Marokko Auskunft zu erteilen und über die Mittel, wie sie geändert werden können, zu unterrichten. Der Rat der geachteten europäischen Kaufleute in Marokko werde auf der Konferenz von wahren Nutzen sein. Deutschland habe in diesem Falle wiederum einen Beweis seines praktischen Sinnes gegeben.

\* Paris, 12. Jan. Der Berliner Korrespondent des New-York Herald“ erklärte sich für ermächtigt, die nachfolgende Äußerung des Reichsanzlers zu veröffentlichen: Weder Seine Majestät der Kaiser, noch irgendein in Deutschland denkender, auf die Vertreter Frankreichs in Algier die geringste Forderung ausüben zu wollen, die geeignet wäre, die nationale Würde Frankreichs zu verletzen. Auf der Konferenz soll es weder Sieger noch Besiegte geben. Deutschland verlange für alle freie Zulassung zu den kaufmännischen Unternehmungen in Marokko und die offene Tür für alle Mächte. Wenn man diese Grundätze annimmt, so ist zu hoffen, daß die Konferenz von Erfolg gekrönt werde. Deutschland sucht keinen Verkehr, der nicht allen zugute käme.

# Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 11. Januar.

Reichschatzsekretär **Frhr. v. Stengel** fortsetzend: An die Prophezeiungen der Interessenten von einem zu befürchtenden Untergange ihrer Brennerindustrie, wegen des Surrogatverbots und den anderen Vorschlägen der Regierung glaube ich nicht. Auch die Schaumweinindustrie blüht fort, trotz der Einführung der Schaumweinsteuer. Ebenso ist es mit den Prophezeiungen bei der Tabaksteuer. Das Gesetz von 1879 hat bedeutend mehr in die Tabakindustrie eingebracht, trotzdem ist der Konsum seitdem ständig gestiegen und die befürchteten Arbeiterentlassungen sind nicht eingetreten. Auch der Rückgang des Konsums an Rauchtobak ist nicht auf Produktionserleichterungen zurückzuführen, sondern auf die Zunahme des Zigarettenkonsums. Solange der Reichstag nicht ein anderes Steuerobjekt vorschlägt, halten die Verbündeten die Regierung an dem Tabakzoll und der Tabaksteuer fest. Bezüglich der Fahrkartensteuer sind die Verbündeten bereit, den Wünschen des Reichstages entgegenzukommen. Was die Erbschaftsteuer betrifft, so ist die Begünstigung des Grundbesitzes gerechtfertigt, weil sich das bewegliche Vermögen viel leichter der Erbschaftsteuer entziehen kann. Offensichtlich läßt sich bis zur dritten Lesung eine Einigung erzielen.

**Abg. Käsig** (natlib.) führt aus: Der große Mehrbedarf des Reiches, den der Reichschatzsekretär aufgestellt hat, wird schwerlich in der Kommission herabgemindert werden können. Nachdem das Parlament in seiner Mehrheit die Ausgaben beschlossen hat, so muß auch für Deckung gesorgt werden. Die Regierungsvorlage will 70 Proz. des Bedarfs vom Massenerwerb und von der erwerbenden Arbeit und nur 30 Proz. von dem erworbenen Wohlstand durch Besteuerung aufbringen. Dieses prozentuale Verhältnis billigen wir nicht. Man muß die leistungsfähigen Kreise härter heranziehen. Anstatt auf Prädikats-, Fahrkarten-, Postanweisungen usw. Steuern zu legen und das Publikum damit zu belästigen, sollte das Reich lieber die einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen zu Beiträgen an das Reich heranziehen. Man sollte für das Reich 10 Proz. des Reinüberschusses der Betriebsmittelgemeinschafter einfordern. In diesem Zusammenhang ist sehr zu beklagen, daß die geplante Betriebsmittelgemeinschaftergesetzgebung durch die sie etwa 40 Millionen erbringt hätte.

Finanzminister **Frhr. v. Rheinbaben** erklärt: Den Vorschlag des Vorredners halte ich für unangenehm. Die Einzelstaaten stellen dem Reich schon die Erbschaftsteuer zur Verfügung. Sollten sie auch noch einen Teil der Eisenbahneinnahmen abgeben, so würde die Art an die Wurzel ihrer Finanzgebarung gelegt, und die Einkommensteuer müßte erhöht werden. Die Einnahmen durch die Betriebsmittelgemeinschafter würden für alle Bundesstaaten nur etwa 10 Millionen betragen haben. Die sogenannte Liebesgabe bei der Branntweinsteuer würde ich gern beseitigt oder abgeschwächt sehen, schon damit die politische Brunnenergänzung durch den agitatorischen Hinweis auf dieselbe aufhörte. Aber durch ihre Beseitigung würden nicht so sehr die großen Brennerien als gerade die kleinen Brennerien leiden. Bezüglich der Brausteuer bleibe ich dabei, daß schon eine geringe Ermäßigung des Kubens der Schankstellen die Steuer einbringen könnte. Die Schankstätten sind teilweise äußerst obulent ausgestaltet und zahlen ganz unbillige Mieten usw. In dieser Beziehung untercheidet sich Norddeutschland unähnlich von Süddeutschland. In Preußen kommt auf 54 männliche Personen über 18 Jahre eine Schankstätte. Das ist doch zu viel, an einer entsprechenden Verdrängung der Schankstätten ginge das Reich wahrlich nicht zu Grunde. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ führt für eine Münchener Arbeiterfamilie mit 1700 M. Gesamteinkommen als Ausgabe für Bier 71 M. für Mann und Frau und 83 M. für Beiträge an die Organisationen an. Sapienti sat!

**Abg. Graf Kanitz** (kons.) sagt: Im Bundesrat müßte größere Paraktheit obwalten, sonst helfen die neuen Steuern nichts. Dem Reichstage werde die Sichtung und Streichung zu vieler Positionen überlassen. Die Streichung sollte schon der Bundesrat vornehmen. Ich will ihm dazu gern einen Vorschlag beibringen. (Geheerheit.) Ueber die Biersteuer zu sprechen, behalte ich mir für die Kommissionsberatung vor. Bezüglich der Tabaksteuer bedauere ich, daß wir nicht ein Monopol haben, durch das vor allem die Arbeiter auf einen sicheren Erwerb gestellt werden. Die Erbschaftsteuer ist eine direkte Steuer und sollte deshalb den Einzelstaaten überlassen werden. Der Reichschatzsekretär sollte die Reichsweinsteuer in die Verlenkung verschwinden lassen und dafür eine Kohlenausfuhrsteuer und eine Reichsweinsteuer (etwa von 10 M. per Sektoliter) herbeiführen. Ausgleichende Gerechtigkeit muß das Fundament sein, auf dem das Gebäude der Finanzreform zu errichten ist.

**Abg. Barbed** (freis. Vp.) bekämpft die Tabaksteuer und behauptet, daß die Zigarette nur ein Genussmittel der Reichen ist. Er spricht sich gegen die Verkehrssteuer aus, da sie den Mittelstand belaste. Empfehlenswert sei nur eine Zursautomobilsteuer.

**Abg. Gamp** (Reichsp.) bringt Bedenken gegen die Brausteuer in der geplanten Form vor. Man solle doch nicht immer auf die großindustriellen Betriebe exemplifizieren. Die Lage der Brauer und der Gastwirte auf dem Lande, besonders im Osten, sei sehr wenig günstig. Die Erbschaftsteuer, insofern Ehegatten und direkte Nachkommen davon nicht betroffen werden, erscheint gerechtfertigt. Redner schlägt sich den Steuervorschlägen des Grafen Kanitz an und empfiehlt eine Inkongruenzsteuer.

**Abg. v. Gerlach** (Hosp. d. freis. Vp.) befürwortet die Erbschaftsteuer und den Ausbau der Automobilsteuer zu einer allgemeinen Luxus- und Verkehrssteuer. Auch wäre er für eine Reichsweinsteuer zu haben. Morgen Fortsetzung der heutigen Beratung und kleinere Vorträge. Schluß: 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 12. Januar.

Präsident **Graf Ballestrem** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Ein Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den **Abg. v. Gerlach** wegen Vergehens gegen das Urheberrecht wird debattelos angenommen. Ebenso in erster und zweiter Beratung der **Niederlassungsvertrag** zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden, sowie der Vertrag mit der Schweiz und die Errichtung von Zollabfertigungsstellen auf dem linksrheinischen Bahnhofs in Basel.

In fortgesetzter Beratung der Reichsfinanzreform und der Steuervorlage spricht sich **Abg. Werner** (Deutsche Reformp.) für die Einführung einer Wehrsteuer und einer den Weinbau nicht schädigenden Reichsweinsteuer aus. Ferner für den Ausbau

der Borsensteuer, für die Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Abgeordneten und gegen die Brausteuer. **Abg. Oel** (Zentr.) wirft dem Minister v. Rheinbaben illoyale Verdrehung des in der „Münchener Post“ kürzlich veröffentlichten Etats einer Arbeiterfamilie vor. (Vizepräsident **Graf Stolberg**: Sie dürfen nicht von einer illoyalen Verdrehung sprechen.)

Berlin, 12. Jan. Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß, zunächst alle Vorlagen, die mit dem Etat in Verbindung stehen, zu erledigen, so daß der Etat selbst voraussichtlich erst im Februar im Plenum zur zweiten Lesung kommt. Vorher soll insbesondere die Kamerunbahn und der Gesetzentwurf betreffend Privatversicherungsverträge zur Beratung gestellt werden.

Berlin, 12. Jan. In der Budgetkommission des Reichstages wurde beim Etat des Reichseisenbahnamts von Minister **Budde** die Personentarifreform besprochen. Unrichtig sei, daß Preußen unbedingt eine vierte Klasse für Süddeutschland einführen werde. Der Zuschlag für Schnellzüge soll abgeschafft und nur für D-Züge beibehalten werden. Die jetzigen Verhältnisse seien veraltet. Der Minister sprach sich dann gegen das Freigepäck aus. Bezüglich der Betriebsmittelgemeinschafter erklärte er, die Regelung sei recht wegen der Verschiedenheit der Betriebsmittelpreise und Betriebskosten in den verschiedenen Ländern, sowie aus verschiedenen anderen Gründen. Der Minister erklärte schließlich noch, daß die Kilometerhefte für Preußen undurchführbar seien.

## Deutschland und England.

(Telegramm.)

London, 12. Jan. Die englischen Zeitungen veröffentlichen zwei interessante Briefe, welche die englisch-deutsche Annäherung fördern sollen. Der erste trägt die Unterschriften von 41 der hervorragendsten deutschen Vertreter der Wissenschaft, Kunst, Literatur und Gelehrtenwelt und wendet sich an das hoch entwickelte Vaterland und bittet um die Unterstützung der Bemühungen, welche Deutschland übernehmende Pläne gegen England zu verfolgen. In dem Briefe wird erklärt, daß in Deutschland jetzt keine Bestimmung gegen England existiere, es sei denn die, die gelegentlich durch solche falsche Darstellungen hervorgerufen wurde. Die Unterzeichneten glauben, daß die Vollständigkeit europäischer Kultur in Zukunft zum großen Teil von den Beziehungen zwischen England und Deutschland abhängen wird; sie wenden sich an die englischen Männer der Wissenschaft, an die Künstler und Denker, ebenso wie an die Presse, einem Vorurteil entgegenzutreten, das ohne Veranlassung jede Verächtigung der deutschen Politik verächtigt.

Der zweite Brief, von 41 maßgebenden Vertretern der englischen Gesellschaftsklassen unterzeichnet, ist an alle gerichtet, welche ohne Vorbehalt und mit herzlicher Freude alle Versicherungen der deutschen Kollegen aufnehmen. Sie bitten, ihnen zu glauben, daß sie nicht weniger unangenehm durch die kriegerische Haltung einiger englischen Zeitungen berührt worden sind, als sie selbst. Der Brief erwähnt die jüngsten Zeichen der englischen Zuneigung gegen Deutschland aus dem Gebiete der Literatur, der Wissenschaft und der Kunst und schließt, ein englisch-deutscher Krieg würde ein Unglück für die Welt sein. Die Reichsregierung, mit der gewisse Journalisten gelegentlich eine solche Möglichkeit erörtern, sei ein Maßstab für ihre große Unkenntnis der wirklichen Gefühle der englischen Nation.

## England vor den Wahlen.

(Telegramme.)

London, 12. Jan. Das Exekutivkomitee der britischen sozialistischen Partei erließ ein Manifest, in welchem den Mitgliedern der leitenden Klassen geraten wird, sich insgesamt der Stimmabgabe bei der allgemeinen Wahl zu enthalten.

London, 12. Jan. In einer in Perth gehaltenen Rede führte der Schatzkanzler **Asquith** folgendes aus: Er sehe mit einer gewissen Beunruhigung und mit Vorbehalt dem entgegen, was die neue Regierung auf dem Gebiete der Finanzen zu tun haben werde. Er erinnere das Land ganz offen daran, daß es unmöglich sei, auf irgend eine Ermäßigung einer Steuer zu hoffen, bis das Gleichgewicht des Budgets hergestellt, die Ausgaben vermindert und die geeigneten Vorkehrungen für die Verminderung der nationalen Schuld getroffen seien. Der Krieg und der Marineminister müssen Zeit haben, um die normalen Ausgaben mit Erfolg auf einen angemessenen Stand zurückzuführen.

## Das französische Gelbbuch über Mazedonien.

(Telegramm.)

Paris, 11. Jan. Im Parlament wurde ein Gelbbuch über Mazedonien verteilt, welches auf 228 Seiten 179 Dokumente vom 26. März bis zum 23. Dezember 1905 enthält. Vizepräsident **Constans** sendet **Delcassé** eine Abschrift der türkischen Instruktionen für **Hilmi Pascha** ein, welche mit den im November 1902 erteilten identisch und eine Umschreibung der österreichisch-russischen Note vom 21. Februar seien. **Delcassé** teilt am 20. April den französischen Vizepräsidenten in Petersburg, Berlin und Wien mit, daß Österreich und Russland, die sich verpflichteten, Bulgarien zu der Beibehaltung einer korrekten Haltung zu veranlassen, die Nichterhaltung der türkischen Besitzungen nicht dulden könnten. **Delcassé** weist **Constans** an, die Schritte des **Frhr. v. Calice** und **Sinowjews** energisch zu unterstützen. Am 11. Juli teilt **Delcassé** dem diplomatischen Agenten in Sofia, **Bourgarel**, mit, daß Russland seitens Bulgariens zu hindern, den geringsten Vorteil

aus einer bewaffneten Aktion zu ziehen, worauf **Bourgarel** die bulgarische Regierung aufmerksam machen soll. Am 16. Juli teilt **Delcassé Constans** mit, daß die Zeit gekommen sei, in Konstantinopel energisch aufzutreten, um den türkischen Gewalttätigkeiten gegen die Christen ein Ende zu machen. Am 21. August meldete der Vizepräsident in Petersburg, **Bompard**, daß die russische Politik unverrückbar auf den nachfolgenden Grundlagen beruhe: Aufrechterhaltung des territorialen status quo und kein bewaffnetes Einschreiten. **Constans** schreibt am 7. Dezember: Die Porte nahm zur allgemeinen Befriedigung im Prinzip die Würzsteiger Abmachungen an. **Constans** meldet am 13. Dezember: Die Porte hätte die Reorganisation der Gendarmerie gerne einem deutschen Offizier übertragen, da aber Deutschland entschlossen scheine, sich von der Sache fernzuhalten, werde ein italienischer General gewählt. **Constans** befragt am 22. Dezember das langsame Fortschreiten der Ausführung des Würzsteiger Programms infolge des Widerstandes der Porte. **Delcassé** schreibt am 17. Dezember an **Bompard**, der Konflikt in Ostarien könne einen unangenehmen Rückschlag auf die Balkanstaaten ausüben, er wolle nicht Richter über das Unrecht sein, welches die Türkei und Bulgarien sich gegenseitig zufügen, rate aber beiden zur Klugheit. Am 18. April sendet der Sekretär der diplomatischen Agentur in Sofia, **Bomardel**, den Wortlaut des türkisch-bulgarischen Abkommens an **Delcassé**, das er als einen Vertrag ansehe, dessen Dauer von dem Ersolge der Reformen in Mazedonien abhängt. Am 5. April informierte **Mahir Pascha Delcassé** von der trotz der Versprechung Griechenlands erfolgten Gewalttätigkeiten griechischer Banden. **Constans** teilt **Delcassé** am 2. Januar 1905 den Wunsch Englands, das Würzsteiger Programm zu erweitern, mit, und kommt am 13. Januar darauf zurück. **Aehrenmüller** und **Nelidow** überreichen am 1. März **Delcassé** gleichlautende Noten, in denen den Mächten vorgeschlagen wird, die Vorschläge des Sultans bedingungslos anzunehmen. Am 7. März überreicht **Vaup Delcassé** die türkischen Vorschläge betreffend das österreichisch-russische Finanzprogramm, worin die Türkei sich der Kontrolle zu unterwerfen verheißt. **Nemroff** teilt mit, Oesterreich-Ungarn benachrichtigte die Türkei, unaufhörlicher Widerstand gegen die Reformen werde zu energischen Interventionen der Mächte führen. **Constans** schlägt am 14. März vor, eine der fünf interessierten Mächte solle Finanzexperten einsehen. **Delcassé** überreicht am 23. März **Bompard** diesen Vorschlag und **Nelidow** eine Note bezüglich der bedingungsweisen Erhöhung der Einfuhrzölle. **Constans** teilt am 3. April mit, Russland, England, Oesterreich-Ungarn und Italien seien mit der Einsetzung von Finanzexperten einverstanden. **Pope** teilt am 1. Juli mit, die Porte erliche die Mächte, von Jütischen für das Würzsteiger Programm abzusehen. Am 22. teilt **Pope** neue Proteste des Sultans mit und die Forderung einer Kollektivaudienz. Im Falle einer Verweigerung würden die Mächte die geeigneten Schritte tun. Die Kollektivaudienz wird verweigert. Am 28. Juli teilt **Nelidow** der Porte mit, Frankreich sei bereit, sich an der Flottendemonstration zu beteiligen. Die folgenden Dokumente zeigen die Organisation und Durchführung der Flottendemonstration, die Gegenanschläge des Sultans bis zur Note der Porte am 16. Dezember, welche der Krisis ein Ende machte.

## Zur Lage in Russland.

(Telegramme.)

St. Petersburg, 12. Jan. Die St. Petersburg. Telegraphenagentur schreibt: Gegenwärtig kam man die Behauptung aufstellen, daß die aufständische Bewegung der Revolutionäre in dem ganzen europäischen Teile des russischen Reiches als gescheitert und niedergeworfen angesehen werden kann. Ausgenommen davon sind die baltischen Provinzen, wo infolge der nationallettischen Bestrebungen die Revolution einen besonderen Charakter trägt. Diese Bewegung wird zweifellos bald niedergeworfen sein. Handelsverbindungen, industrielle Verbindungen und die wiederkehrende Ruhe werden durch alarmierende Gerüchte unterbrochen. Viele Leute spielen an der Börse auf Baissé und suchen zu diesem Zweck die Unruhen zu vermehren. Ihre Verbündeten sind die Revolutionäre und deren Propaganda. Wenn sich das Publikum nicht so leicht durch derartige Manöver beeinflussen ließe, so würde der Finanzmarkt erheblich besser sein.

St. Petersburg, 12. Jan. Vom 28. Januar ab werden Wahlversammlungen gestattet werden.

St. Petersburg, 12. Jan. Der regelmäßige Verkehr ist zurzeit auf allen Bahnlängen wieder hergestellt, mit Ausnahme eines Abschnittes der transsibirischen Bahn, der Strecke zwischen Krasnojarsk und Irkutsk, den transkaukasischen Linien und einem Teil der Westsibirischen Linie.

Warschau, 12. Jan. Die Kreisstadt **Novolin** wurde gestern abend von einem Regiment besetzt. Alle Häuser wurden durchsucht und viele Waffen beschlagnahmt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Kiew, 12. Jan. In den Werkstätten der Südbahn traten 1500 Mann, im Arsenal alle Arbeiter ein. Der Streik ist völlig gebrochen. Die Postverwaltung gibt bekannt, daß ab gestern alle ausländischen Zeitungen ohne jegliche Zensurzwangung ausgegeben werden. Nur Zeichnungen über die Person des Monarchen werden konfisziert.

Die Vorgänge in den Ostprovinzen.

Riga, 12. Jan. Der Gouverneur von Livland hat die Abhaltung von Versammlungen jeder Art gestattet.

St. Petersburg, 12. Jan. Generalgouverneur **Sologub** telegraphiert, die revolutionäre Bewegung in Estland ist durch das energische Vorgehen, hauptsächlich der Marinetruppen, niedergedrückt. Aus Livland meldet General **Orloff**, daß in **Walf**, **Jellin** und **Bernau** vollkommene Ruhe herrsche.

Das russische Budget 1906.

St. Petersburg, 11. Jan. Ueber das Staatsbudget von 1906 verlaute folgende Angaben: Im Ordinarium sind die Einnahmen auf 2 027 858 774 Rubel, die Ausgaben auf 2 018 076 550 Rubel festgesetzt.

Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um 9 782 224 Rubel. Im Extraordinarium betragen die Einnahmen 2 Millionen Rubel, diejenigen aus den bevorstehenden Kreditoperationen 481 114 001 Rubel, die Ausgaben 492 896 225 Rubel. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben balanzieren mit 2 510 972 775 Rubel. An Einnahmen werden erwartet in runden Millionen: Direkte Steuern 148, indirekte 424, Gebühren 108, Staatsregalien 641, Staatseigentum, Kapitalien 58, Ablosungszahlungen 35. Von den ordentlichen Ausgaben entfallen in runden Millionen für Zahlungen für die Staatsschuld 334, für die höchsten Staatsinstitutionen 5, den Synod 29, das Hofministerium 16, für das auswärtige 5, Krieg 374, Marine 104, Finanzen 342, Handel und Industrie 37, Agrarwesen und Landwirtschaft 36, Inneres 131, Volkswirtschaft 44, Verkehrswege 477, Justiz 52, Reichsfontrolle 9, Reichsgestütten gegen 2, für außerordentliche Ausgaben und mit dem russisch-japanischen Krieg verbundene Ausgaben 405, für den Ausbau der Eisenbahnen 42, für Unterstützung an die Bevölkerung der von Mischwachs betroffenen Gouvernements 30, für Darlehen zur Wiederherstellung der Naphthawerke 15. Die Manifeste gewähren dem Volk das Recht, an der Prüfung des Budgets teilzunehmen. Das Budget von 1906 wird das letzte sein, dessen Prüfung im Staatsrat allein, ohne Zuziehung der gewählten Versammlung stattgefunden hat. Die Berichte über die Ausführung des Budgets von 1905 lauten ziemlich zufriedenstellend. Das Finanzgesetz von 1905 hatte 1977 Millionen an außerordentlichen Einnahmen vorgezogen.

**Paris, 11. Jan.** Ueber das russische Vorwärtsgeschäft wird offiziell gemeldet: Die französische Bank übernahm die Begebung von russischen Schatzscheinen bis zum Betrag von 266 1/2 Millionen Franken zu 5/2 Prozent, mit einer Kommission von 1 Prozent, von welcher letzterer den Käufern der Schatzscheine 1/2 Prozent überlassen werden soll, so daß dieselben auf die Schatzscheine ein Erträgnis von 6 Prozent erzielen. Das Geschäft wird keine Goldausfuhr zur Folge haben; das Kapital wird an den hiesigen Banken zur Disposition der russischen Regierung bleiben; eine besondere Bürgschaft wird nicht geboten.

## Großherzogtum Baden.

**Karlsruhe, 12. Januar.**

Die Besserung im Befinden Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs schreitet in befriedigender Weise fort. Nachdem die Krankheitserscheinungen verschwunden sind, nehmen die Kräfte des hohen Patienten zwar langsam, aber normal und stetig zu.

Ihre kaiserliche Hoheit Prinzessin Wilhelmine und Ihre königlichen Hoheiten der Erbprinzessin und die Erbprinzessinnen nahmen an der heutigen Frühstückstafel der Großherzoglichen Herrschaften teil.

**\*\* Die im Jahre 1905 wegen außerordentlicher Unglücksfälle bewilligten Grundsteuerzuschüsse berechnen sich auf 11 753 M. 63 Pf. Dieser Betrag verteilt sich auf die Amtsbezirke Achern, Bruchsal, Buchen, Durlach, Mehl, Mannheim, Mühlheim, Offenburg und Weinheim, in denen die Ernte infolge Hagelanschlags auf einer Kulturläche von rund 3 685 ha zu einem Drittel oder mehr beschädigt worden ist.**

In den Jahren 1903 und 1904 hat der aus den gleichen Ursachen bewilligte Grundsteuerzuschlag 60 M. 26 Pf. und 446 M. betragen.

**\*\* Die Groß-Bezirksämter haben folgenden Ertrag der Steuern für die in der Zeit vom 1. November 1904 bis dahin 1905 ausgetheilten Jagdpässe aufzuweisen:**

Achern 1845 M., Adelsheim 1930 M., Baden 3270 M., Bommendorf 2235 M., Borberg 2100 M., Breisach 3140 M., Bretzen 2140 M., Bruchsal 5250 M., Buchen 3780 M., Bühl 1715 M., Donaueschingen 2585 M., Durlach 2725 M., Eberbach 2285 M., Emmendingen 6220 M., Engen 3300 M., Eppingen 1580 M., Ettenheim 1811 M., Ettlingen 1965 M., Freiburg 6285 M., Heidelberg 6165 M., Karlsruhe 7250 M., Mehl 6300 M., Mühlheim 5080 M., Rahr 5395 M., Röchelz 5725 M., Mannheim 5320 M., Neffz 1910 M., Nörsbach 2675 M., Mühlheim 2830 M., Neustadt 2425 M., Oberkirch 3105 M., Offenburg 6980 M., Pforzheim 3765 M., Pfullendorf 1280 M., Rafzart 7840 M., Säckingen 2040 M., St. Blasien 1735 M., Schwanau 1980 M., Schopfheim 3700 M., Schwenningen 2250 M., Sinsheim 2590 M., Staufen 2580 M., Stodach 3135 M., Tauberbischofsheim 3485 M., Triberg 2475 M., Ueberlingen 3525 M., Willingen 2600 M., Waldkirch 2545 M., Waldshut 5725 M., Weinheim 2185 M., Wertheim 2605 M., Wiesloch 1250 M., Wolfach 3910 M.; im ganzen 181 551 M.

In den vorausgegangenen vier Jahren stellte sich der Ertrag: 1903/04 auf 170 758 M., 1902/03 auf 168 180 M., 1901/02 auf 164 192 M., 1900/01 auf 158 257 M.

**(Der Elektrotechnische Verein Karlsruhe)** veranstaltet am Mittwoch den 24. Januar, halb 9 Uhr, im Restaurant Wominger (Arche) den achten geselligen Abend.

**(Konert Wagner-Schünemann.)** Man schreibt uns: Wir machen auf das Konzert Wite Wagner-Eise Schünemann, das am Montag, 15. d. M., im Museumsaal stattfindet, aufmerksam. Näheres im Inseratenteil.

**F. (Entbindung von der Beitragspflicht zu den Kosten der Handelstammern.)** Nach der Handelstammerngesetznovelle vom 12. September 1898 können auf das Wahlrecht zu den Handelstammern verzichtet und demgemäß von der Beitragspflicht zu den Kosten der Handelstammern entbunden werden diejenigen, deren der Einkommensteuer unterliegendes jährliches Einkommen aus Gewerbebetrieb — oder aus Dienstverhältnis — im doppelten Betrage, ohne Berücksichtigung der Schulden, aber unter Zuzugung ihres Gewerbesteuercapitals, die Summe von 10 000 M. nicht erreicht, sowie auch Genossenschaften, deren

jährlicher Umsatzen den Betrag von 100 000 M. nicht übersteigt. Die Handelskammer zu Karlsruhe macht hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam, daß ein solcher Verzicht auf das Wahlrecht mit den erforderlichen Bedingungen spätestens innerhalb 8 Tagen nach Schluß der soeben erfolgten Offenlegung der Listen der Wahlberechtigten bei ihr angemeldet werden muß.

**(Die beiden diesjährigen Festballmascotten)** finden Samstag den 3. und Sonntag den 24. Februar statt. Die Bestimmungen der zur Prämierung von Einzelsohnen und Gruppen angelegten Preise betragen wie im vorigen Jahre 1100 M. Für den ersten Damen- und ersten Herrenpreis sind je 100 M. in bar bestimmt. Die sonstigen Damen- und Herrenpreise werden nach wie vor in Form hübscher, praktischer Schmuck- und Reiseartikel gegeben. Um auch „Gruppen“ (die aus mindestens vier Personen bestehen müssen), reichlicher als früher bedenken zu können, werden wieder statt bisheriger 3 Gruppenpreise deren 4 ausgesetzt und zwar 300 M. als erster, 150 M. als zweiter, 80 M. als dritter und 50 M. als vierter Preis. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß Gruppen, die in die Preisuntergrenze kommen wollen, spätestens um 10 Uhr im Ballsaal anwesend sein müssen. Gruppen, bei denen Kinder im schulpflichtigen Alter Verwendung finden, werden zu den Vällen nicht zugelassen. Auch das Mitbringen von Pferden und Hunden in Gruppen ist nicht mehr statthaft.

**(Aus der Sitzung der Strafkammer vom 11. Januar.)** Am 3. November 1904 wurde vor der hiesigen Strafkammer eine Anklage verhandelt, die nicht wegen des ihr zugrunde liegenden Verbrechens, sondern hauptsächlich wegen der Personen, gegen die sie sich richtete, großes Aufsehen erregte. Die Angeklagten waren zwei in Karlsruhe angelegte Schusselente namens A. H. Kaborke aus Durlach und B. F. Kippenhan aus Hedsheim. Sie hatten sich wegen Diebstahls zu verantworten. Ihnen wurde zur Last gelegt, in der Zeit von Mitte Juni bis Ende August 1904 an mehreren Tagen aus dem See des Stadtparks in Karlsruhe, nachdem sie ein Tor des letzteren mit ihren eigenen Schlüsseln geöffnet hatten, der Stadtverwaltung gehörende Karpen für sich angelegt zu haben. Auf Grund des damaligen Beweisergebnisses ergriff das Gericht einen Diebstahl nicht für vorliegend, hielt aber die Angeklagten des Mordraubs und Hausfriedensbruchs schuldig und verurteilte Kaborke zu 5 Wochen und Kippenhan zu 3 Wochen Gefängnis. Beiden Angeklagten ist es inzwischen gelungen, durch Weibringung neuer Beweismittel eine Wiederaufnahme des Verfahrens durch Beschluß des Oberlandesgerichts herbeizuführen. So kam es, daß die weithin bekannt gewordene Mordraubausschließung am Stadtpark, der sich seinerzeit auch die Anichtsputzartenindustrie mit mehr oder weniger Miß und Satire bemächtigt hatte, vor der hiesigen Strafkammer eine zweite gerichtliche Auflage erlebte. Nach dem Gange der heutigen Verhandlung gelangte das Gericht trotz belastender Momente nicht zu der vollen Überzeugung von der Schuld der Angeklagten, und erkannte deshalb auf Freisprechung.

**V. K. Mannheim, 10. Jan.** Man schreibt uns: Das große Unternehmen einer internationalen Kunst- und großen Gartenbau-Ausstellung, das die Stadt Mannheim zu ihrem Jubiläum 1907 vorbereitet, nimmt einen rüstigen und erfreulichen Fortgang. Noch im alten Jahre hat sich das Hauptkomitee konstituiert, und nun sind auch die Ausschüsse in ihre Arbeit eingetreten. Professor Länger-Karlsruhe ist damit beschäftigt, den Gesamtplan der großartigen Anlage für die Gartenbauausstellung fertigzustellen, die sich über etwa 200 000 Quadratmeter erstrecken wird. Professor Billings imposante Aushalle wächst mit Macht empor, und bald werden die übrigen Ausstellungsbauten nachfolgen. Seit Jahresbeginn ist das Zentralbureau der Geschäftsleitung im Hause Friedrichsplatz 14 eröffnet. In den Händen des Herrn Vöglermeisters Mitter ist die Oberleitung des ganzen Unternehmens vereinigt. An dem internationalen Charakter der Kunstausstellung wird durchaus festgehalten, und ihrem künstlerischen Leiter, Professor Dill, gilt als Richtschnur: Vom Guten nur das Beste! Die Mannheimer Kunstausstellung will durch die Qualität, durch das Arrangement und ein individuelles künstlerisches Gepräge wirken. Selbstverständlich werden die badischen Künstler eine Vorzugsstellung einnehmen. Für sie ist eine besondere Jury gebildet, bestehend aus dem Karlsruher Malern Dill, Juch, Schönleber, Thoma, Trübner, ferner Frey von Mannheim und den Karlsruher Bildhauern Dietzsch und Volz.

**Heidelberg, 11. Jan.** Der hiesige Stadtrat hat in einer Differenz zwischen städtischen Waldarbeitern und dem städtischen Oberförster sich sehr energisch dahin ausgesprochen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht beschränkt werden dürfe. Einer Anzahl Waldarbeiter war gekündigt worden, wie sie glauben, weil sie einer Organisation beigetreten waren. Um auch den Schein zu vermeiden, als sei dieser Kündigungsgrund zurecht, wurde ihre Wiedereinstellung vom Stadtrat angeordnet. Eine im Gewerkschafts-Parallell am letzten Montag abgeraumte Protestversammlung hatte infolge der Erklärung des Stadtrates seinen rechten Boden mehr. Einer der Redner empfand dies so stark, daß er gegen die Anordnung des Stadtrates protestierte. Er wurde von Professor Dehmann darauf aufmerksam gemacht, daß er sich doch in Wirklichkeit über die Erklärung des Stadtrates freuen müsse.

**X. Baden, 11. Jan.** Heute nachmittag von 3 Uhr ab fand im großen Saale des Rathauses unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeister Fieser eine längere Sitzung des Bürgerausschusses statt, auf deren Tagesordnung zehn Punkte zur Beratung standen. Der Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende sein Bedauern über die Erkrankung des Herrn Oberbürgermeisters Gönner aus, dem es jetzt wieder besser gehe, so daß man hoffen dürfe, ihn bald wieder vollständig genesen zu sehen. Der erste und wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Antrag des Stadtrates, betreffend Errichtung eines Gewerbegerichts für die Stadt Baden-Baden. Der Antrag wurde nach langer Debatte mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. Die weiteren Anträge des Stadtrates (u. a. ein solcher betreffend Erlassung eines Disziplinarbeschlusses über die Quartierleitung während des Friedenszustandes und ein weiterer, betreffend Errichtung eines Volkshades in Baden-Baden) wurden einstimmig angenommen.

**Kleine Nachrichten aus Baden.** Die Hochstaplerin Margarete Volz, die in den letzten 5 Jahren in Mannheim und in der Umgebung über 30 000 M. erschwindelte, wurde zu 4 Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. — Beim Rangieren eines Güterzuges im neuen Rangierbahnhof in Waldhof geriet der verheiratete 31 Jahre alte Bahnarbeiter Valentin Dölger aus Bühl zwischen die Räder zweier Wagen. Es wurde ihm der Brustkorb eingedrückt, so daß der Tod sofort eintrat. — Der Seismograph des Astronomischen Instituts in Heidelberg registrierte diese Nacht 12 Uhr 6 Min. ein ziemlich kräftiges Zitterbeben. — Dem Bürgerausschuß geht demnächst eine Vorlage betreffend Erbauung einer Bergbahn auf den Königstuhl zu. — Am Dienstag feierten in Mannheim die Eheleute Jonas und Rosa Lion das Fest der goldenen Hochzeit. — In dem Brande des Kurhauses zum Alter in Menzenhausen ist zu berichten: Als Brandursache wird eine Explosion angegeben, die in dem Raum erfolgte, in welchem das zur Beleuchtung des Kurhauses benutzte Acetylengas

angebracht wurde. Der Schaden ist bedeutend, doch zum größten Teile durch Versicherung gedeckt. Das Vieh konnte gerettet werden, von den Fahrnissen nur wenig. — In Sedenheim kam das 6-jährige Töchterchen des Maurers Neuberger dem Ofenfeuer zu nahe. Es erlitt schwere Brandwunden und starb alsbald. — In Wolfach spielte der Realschüler Kleinbus, Sohn des Holzhändlers Kleinbus, mit einem geladenen Revolver. Der Schuß ging los und drang dem Dienstmädchen in den Unterleib. Das selbe schwebt, lt. „Echo v. Hochf.“, in Lebensgefahr. — Im Glasergewerbe sind in Konstanz zwischen Meistern und Gesellen Lohn Differenzen ausgebrochen. Es droht ein Streik. — Die Stadt Konstanz zählt nach definitiver Feststellung 24 818 Einwohner. — Der Gangfischfang im Bodensee hat, der „Rührberg“ zufolge, reichlich 70 000 Stück prima Ware ergeben, der Silberfischfang dagegen nur etwa 1000 Kilogramm (vor 6 Jahren 10 000 Kilogramm).

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 12. Jan.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde der Auswahlantrag zu Entwürfen des Warenverkehrszeichnisses und anderer Ausführungsbestimmungen zum Zolltarif angenommen.

**Berlin, 12. Jan.** Das heute mittag über das Befinden des Herrn v. Richtigshofen ausgegebene Bulletin lautet: Die Aufhebung des Bewußtseins schreitet fort. Das Allgemeinbefinden ist den Umständen entsprechend befriedigend.

**Braunschweig, 12. Jan.** Zur Eröffnung des 28. ordentlichen Landtags führte Minister Otto aus, daß seit dem vorigen Landtage die unglückliche Geitaltung des Staatshaushaltes sich wesentlich verhärtete. Die Ausgaben seien gestiegen und die Einnahmen hätten sich verringert. Es werde deshalb eine Erhöhung der Staatseinkommen- und der Ergänzungsteuer, sowie eine Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen.

**Bonn, 12. Jan.** Der Alttholische Bischof, Professor Dr. Theodor Weber, ist heute früh gestorben.

**Wien, 12. Jan.** Erzherzog Otto ist von seiner Krankheit so weit hergestellt, daß er sich nach Schönbrunn begeben konnte.

**Haag, 12. Jan.** Die Erste Kammer nahm den Vertrag mit Deutschland, betreffend das Niederlassungsrecht von Deutschen und Niederländern in Holland bzw. in Deutschland, und betreffend die Ausweisung mittellose Ausländer, an.

**Washington, 12. Jan.** Der Sekretär für Ackerbau, Wilson, hat erklärt, wenn der Kongreß nicht schleunigst 135 000 Dollars für die Verbesserung der Fleischbeschau bewilligt, so würden für über 50 Millionen Dollars deutsche Bestellungen auf Rind- und Schweinefleisch, die die Amerikaner noch vor dem Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifs auszuführen bemüht seien, wahrscheinlich nicht erledigt werden können.

**Totio, 12. Jan.** Wie „Daily Telegraph“ meldet, hat Japan in Kure mit dem Bau eines Schlachtschiffes von 20 000 Tonnen begonnen.

**Shanghai, 12. Jan.** Es macht sich eine zunehmende Tätigkeit der antichristlichen Gesellschaften bemerkbar. Aus Supech wird berichtet, daß dortigen Missionäre hätten den englischen und den amerikanischen Konsul um Schutz gebeten.

## Verschiedenes.

**Berlin, 12. Jan.** Ihre Majestät die Kaiserin richtete gestern an Staatsminister Schönstedt ein Telegramm, worin sie erklärt, daß sie gerne bereit sei, das angefragte Protokoll über das Komitee zur Errichtung einer Mutteranstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu übernehmen.

**Charleroi, 12. Jan.** Zwecks Entgehung des Paris-Cölnener Schnellzuges löderten Verbrecher in der Nähe der Station Harciennes das Gleis. Ein durchfahrender Arbeiterzug entgleiste. Menschen sind nicht umgekommen.

**Saillagouse (Dep. Ost-Pyrenäen), 12. Jan.** Ein im Bau begriffener Tunnel der elektrischen Bahn in Villefranche nach Bourgnadame stürzte ein. Bisher wurden die Leichen von drei Arbeitern geborgen; 20 andere sind noch verschüttet.

## Großherzogliches Hoftheater.

**Im Hoftheater in Karlsruhe.**

**Samstag, 13. Jan.** Abt. A. 34. Ab.-Vorst. „Im bunten Rod“, Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan und Frhrn. v. Schlicht. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

**Sonntag, 14. Jan.** Abt. B. 34. Ab.-Vorst. „Die Meisterfinger von Nürnberg“, in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende 11 Uhr.

**Montag, 15. Jan.** 13. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gastspiel von Suzanne Després und der Gesellschaft vom „Théâtre de l'Œuvre“ in Paris: „La robe rouge“, drame en quatre actes de E. Brieux. Anfang 7 Uhr.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 12. Januar 1905.**

Ueber dem nordwestlichen Meer ist eine neue, ziemlich tiefe Depression erschienen und hat den hohen Druck, der gestern in das Binnenland eingedrungen war, auf das Alpengebiet und auf Südeuropa verdrängt. In Deutschland herrscht nach kurzem Aufklaren neuerdings trübes Wetter mit Niederschlägen. Im südbahnen Nordseegebiet wehen kühlende Winde; in den Alpen ist es bei leichtem Frost heiter. Mildes und bewölftes Wetter mit Niederschlägen ist zu erwarten.

**Wetternachrichten aus dem Süden vom 12. Januar, früh**

Lugano wolkenlos — 1 Grad; Biarritz heiter 5 Grad; Nizza heiter 6 Grad; Triest wolkenlos 6 Grad; Florenz bedeckt 7 Grad; Rom wolfig 9 Grad; Cagliari halbbedeckt 12 Grad; Brindisi bedeckt 10 Grad.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.**

Januar	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind. in m	Witterung
11. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	759.7	4.7	5.2	81	SW	bedeckt
12. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	758.2	1.5	4.4	85	SW	„
12. Mittags 2 <sup>00</sup> U.	756.4	5.1	3.5	54	W	„

Höchste Temperatur am 11. Januar 6.0, niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.6. Niederschlagsmenge des 11. Januar: 0.0 mm.

**Wasserstand des Rheins, Mainz, 12. Januar:** 5.06 m, gestiegen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Museums-Saal.**  
**Montag den 15. Januar 1906**  
 abends 7 1/2 Uhr

**Konzert**

**Lise Wagner, Pianistin.**  
**Else Schünemann, Konzertsängerin**  
 (Alt) aus Berlin.

Die Begleitung der Gesänge hat Herr Kurt Herold  
 freundlichst übernommen.

**PROGRAMM.**

1. Sonate, Es-dur, opus 31 Nr. 3	Beethoven.
2. Arlen: a. Come raggio di sol	Caldara.
b. Per la gloria	Buononcini.
Lieder: c. Ganymed	Schubert.
d. Haidenröslein	Schubert.
3. Variation über ein ungarisches Lied	Brahms.
4. Lieder: a. Immer leiser wird mein Schlummer	Brahms.
b. Sapphische Ode	Brahms.
c. Vorschneller Schwur	Brahms.
5. Sieben Davidsbändlertänze Nr. 10, 2, 3, 12, 15, 14, 17	R. Schumann.
6. Lieder: a. Coptisches Lied	H. Wolf.
b. Und steht ihr früh am Morgen auf	H. Wolf.
c. Der Freund	H. Wolf.
7. Andante spianato, G-dur und Grande Polonaise brillante, Es-dur	Chopin.

Der Konzertflügel **Blüthner**  
 ist aus dem Lager des Herrn Hoflieferanten Schweisgut.  
**Saalkarten:** Saal M. 4.—, 3.—, 2.—, 1.— sind in der  
**Musikalienhandlung Fr. Doert,**  
**Kaisersrasse 159,** Eingang Ritterstrasse  
 und an der **Abendkasse** zu haben.  
 3.361 2003 Telephon 2003.

**Junger Arzt,**  
 der längere Zeit in einem größeren  
 Krankenhaus Norddeutschlands als  
 Assistenzarzt tätig war, möchte baldigt  
 eine Praxis in Süddeutschland, wo-  
 möglich Baden, übernehmen.  
 Angebote unter Chiffre G. N. an die  
 Expedition dieses Blattes. 3.398.3.2

**Grosse Wohltätigkeits-**  
**Geld-Lotterie**  
 d. Krankenpflege-Anstalten vom  
 Roten + Strassburg i. E.  
 Ziehung sicher 20. Januar 1906  
**6052 Baargewinne**  
 ohne Abzug Mk.  
**70000**

1. Hauptgew. M. 20000
2. Hauptgew. M. 10000
3. Hauptgew. M. 5000
6049 Zus. M. 35000
Los 1 M. Porto u. Liste 30 Pfg.

J. Stürmer, Strassburg i. E.  
 In Karlsruhe: Carl Götz,  
 Hebelstr. 11/15; E. Flügge.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**  
 Oeffentliche Zustellung einer Klage.  
 3.434.2.1. Nr. 90. Waldshut. Die  
 Johann Gottlieb Keller (Ehefrau,  
 Luise Christine geb. Maier, zu Basel,  
 Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt  
 Schmitt in Lörzach, klagt gegen den  
 genannten Ehemann, zurzeit an un-  
 bekannten Orten, früher zu Weuggen,  
 Gemeinde Karlsruh, unter der Behauptung,  
 daß der Beklagte sie bösslich am  
 29. Mai 1904 verlassen habe —  
 § 1567 B.G.B. — und durch schwere  
 Verletzung der durch die Ehe begrün-  
 deten Pflichten eine so tiefe Verirritung  
 des ehelichen Verhältnisses ver-  
 schuldet habe, daß der Klägerin die  
 Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet  
 werden kann — § 1568 B.G.B. —  
 mit dem Antrage, die zwischen den  
 Parteien am 16. Februar 1904 in  
 Wirsfelden abgeschlossene Ehe wird aus  
 Verschulden des Beklagten für ge-  
 schieden erklärt. Der Beklagte hat  
 die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.  
 Die Klägerin ladet den Beklagten  
 zur mündlichen Verhandlung des  
 Rechtsstreits vor die zweite Zivilkam-  
 mer des Grobsh. Landgerichts zu  
 Waldshut auf  
**Samstag den 3. März 1906,**  
**vormittags 9 Uhr,**  
 mit der Aufforderung, einen bei dem  
 gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt  
 zu bestellen.  
 Zum Zwecke der öffentlichen Zu-  
 stellung wird dieser Auszug der Klage  
 bekannt gemacht.  
 Waldshut, den 8. Januar 1906.  
 Neumann,  
 Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

**Aufgebotsverfahren.**  
 3.435.2.1. Offenburg. Die Lorenz  
 Schill Bahnwari-Witwe Victoria geb.  
 Nod in Ortenberg hat, indem sie das  
 betreffende Grundstück, Lagerbuchnum-  
 mer 196, Gemarkung Ortenberg, Ge-  
 nann Schanagrabensacker, Hofbreite  
 5 a 42 qm, Hausgarten 8 a 73 qm  
 mit darauffolgendem Wohnhaus mit  
 Balken Keller und daran angebaute

Oekonomiegäude nebst Holzschopf,  
 einer, Nr. 188b, ander, Nr. 200b,  
 als Eigenbesitzerin seit weit mehr als  
 30 Jahren inne hat, beantragt, den  
 bzw. die bisherigen Eigentümer des  
 Grundstücks aufzugeben, und das Aus-  
 schlussurteil zu erlassen. Letztere wer-  
 den deshalb aufgefordert, ihre Rechte  
 spätestens in dem vor hiesigem Amts-  
 gericht auf  
**Donnerstag den 3. Mai 1906,**  
**vormittags 8 1/2 Uhr,**  
 festgesetzten Termin anzumelden, wi-  
 derigens ihre Ausschließung erfolgen  
 wird.  
 Offenburg, den 9. Januar 1906.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
 Wähler, Ppt.

**Bekanntmachung.**  
 3.436. Bruchsal. In dem Konkurs  
 über das Vermögen des Müllermachers  
 Karl Heilmann von Bruchsal soll  
 Schlußverteilung erfolgen.  
 Dazu sind verfügbar 477 M. Zu  
 berücksichtigen sind 5006.24 M.,  
 worunter keine Forderungen mit Vor-  
 recht.  
 Das Verzeichnis der zu berücksich-  
 tigenden Forderungen liegt auf der  
 Gerichtsschreiberei des Grobsh. Amts-  
 gerichtes Bruchsal zur Einsicht offen.  
 Bruchsal, den 10. Januar 1906.  
 Der Konkursverwalter:  
 Aug. Keim.

**Konkursöffnung.**  
 3.437. Nr. 204. Freiburg. Ueber  
 das Vermögen des Sigmund Vasser,  
 Möbelhändler in Freiburg, wird heute  
 am 10. Januar 1906, vormittags  
 9 1/2 Uhr, das Konkursverfahren er-  
 öffnet, da der Gemeinschuldner seine  
 Zahlungsunfähigkeit nachgewiesen hat.  
 Der Rechtsanwalt Sternfeld hier  
 wird zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum  
 5. Februar 1906 bei dem Gerichte an-  
 zumelden.  
 Es wird Termin anberaumt vor dem  
 diesseitigen Gerichte — Zimmer Nr. 5  
 — zur Beschlußfassung über die Bei-  
 haltung des ernannten oder die Wahl  
 eines anderen Verwalters, sowie über  
 die Bestellung eines Gläubiger-  
 ausschusses und eintretendenfalls über die  
 in § 132 der Konkursordnung bezeich-  
 neten Gegenstände auf  
**Freitag den 9. Februar 1906,**  
**vormittags 9 Uhr,**  
 und zur Prüfung der angemeldeten  
 Forderungen auf  
**Freitag den 16. Februar 1906,**  
**vormittags 9 Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur  
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz  
 haben oder zur Konkursmasse etwas  
 schuldig sind, wird aufgegeben, nichts  
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-  
 gen oder zu leisten, auch die Verpflich-  
 tung auferlegt, von dem Besitze der  
 Sache und von den Forderungen, für  
 welche sie aus der Sache abgelobte  
 Befriedigung in Anspruch nehmen, dem  
 Konkursverwalter bis zum 5. Februar  
 1906 Anzeige zu machen.  
 Freiburg, den 10. Januar 1906.  
 Gr. Amtsgerichts:  
 R. Frey.

**Konkursverfahren.**  
 3.438. Nr. 486. Heidelberg. Ueber  
 das Vermögen des Zimmermeisters  
 Philipp Kettenmann IV. in Kirchheim  
 wurde heute am 11. Januar 1906,  
 vormittags 10 Uhr, das Konkursver-  
 fahren eröffnet.  
 Herr J. C. Winter in Heidelberg  
 wurde zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum  
 2. Februar 1906 bei dem Gerichte an-  
 zumelden.  
 Es ist zur Beschlußfassung über die  
 Beibehaltung des ernannten oder die  
 Wahl eines anderen Verwalters, sowie  
 über die Bestellung eines Gläubiger-  
 ausschusses und eintretendenfalls über  
 die in § 132 der Konkursordnung be-  
 zeichneten Gegenstände, ferner zur  
 Prüfung der angemeldeten Forderun-  
 gen auf  
**Samstag den 10. Februar 1906,**  
**vormittags 10 Uhr,**  
 vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer  
 Nr. 23, Termin anberaumt.  
 Allen Personen, welche eine zur  
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz  
 haben oder zur Konkursmasse etwas  
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts  
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-  
 gen oder zu leisten, auch die Verpflich-  
 tung auferlegt, von dem Besitze der  
 Sache und von den Forderungen, für  
 welche sie aus der Sache abgelobte  
 Befriedigung in Anspruch nehmen, dem  
 Konkursverwalter bis zum 2. Februar  
 1906 Anzeige zu machen.  
 Heidelberg, den 11. Januar 1906.  
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts:  
 Herrel.

**Konkursverfahren.**  
 3.439. Weinheim. In dem Kon-  
 kursverfahren über das Vermögen des  
 Schneidermeisters Georg Pfeifer in  
 Weinheim ist infolge eines von dem  
 Gemeinschuldner gemachten Vorschlags  
 zu einem Zwangsvergleich Vergleichs-  
 termin auf  
**Donnerstag den 1. Februar 1906,**  
**nachmittags 1/2 3 Uhr,**  
 Zimmer 53, vor dem Grobsh. Amts-  
 gericht hier selbst anberaumt. Der Ver-  
 gleichsvorschlag und die Erklärung des  
 Gläubigerausschusses sind auf der Ge-  
 richtsschreiberei zur Einsicht der Be-  
 teiligten niedergelegt. Der oben be-  
 zeichnete Termin ist zugleich zur Prü-  
 fung der nachträglich angemeldeten  
 Forderungen bestimmt.  
 Weinheim, den 9. Januar 1906.  
 Eisenhaner,  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

**Strafrechtspflege.**  
**Labung.**  
 3.387.3 Nr. II 63889. Mann-  
 heim. Jakob Böhmer, geboren  
 am 28. Dezember 1879 in Mundenheim,  
 ledig, Photograph, zuletzt wohnhaft in  
 Mannheim, 3. St. unbekannt wo, wird  
 beschuldigt, daß er als heurlauter  
 Reiserüst seit etwa Juni 1905 ohne  
 Erlaubnis ausgewandert ist.  
 Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3  
 R.-Str.-G.-B.  
 Derselbe wird auf Anordnung des  
 Grobsh. Amtsgerichts — Abt. 9 — hier-  
 selbst auf  
**Mittwoch den 28. März 1906,**  
**vormittags 8 1/2 Uhr,**  
 vor das Grobsh. Schöffengericht hier  
 zur Hauptverhandlung geladen.  
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird  
 derselbe auf Grund der nach § 472  
 Abs. 2 und 3 Str.-P.-Ord. von dem  
 Bezirkskommando Mannheim ausge-  
 stellten Erklärung vom 15. Dezember  
 1905 verurteilt werden.  
 Mannheim, den 30. Dezember 1905.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
 Grabenstein.

**Bekanntmachung.**  
 Die Besetzung der Bezirke  
 im Amtsbezirk Heidelberg betr.  
 Auf Grund der Neueinteilung des  
 ehemaligen Sammfogerei = Erlebnis-  
 bezirks Heidelberg sind durch den Be-  
 zirksrat Heidelberg folgende 5 Bezir-  
 ke durch geprüfte Sammfogere zu  
 besetzen:  
**Bezirksrat I** mit dem Sitz in Heidel-  
 berg, umfassend 3.433.  
 den auf der südlichen Neckarseite ge-  
 legenen Teil der Gemarkung Heidel-  
 berg östlich der Grabengasse, der Mar-  
 stallstraße und des Marstalls, diese  
 Straßen eingeschlossen, ferner das Ge-  
 biet südlich der Leopoldstraße (aus-  
 schließlich der Leopoldstraße), sowie die  
 Höhe des Gaisberges und des Ameisen-  
 bundels führenden Linie (mit Aus-  
 nahme des Speererechhofes, Schieß-  
 platzes, Koblhofes und Stimmeldacher-  
 hofs), sowie den westlich der Mar-  
 stallstraße gelegenen Teil der Haupt-  
 straße, der Unteren Neckarstraße bis  
 zur Sophienstraße und des Neckar-  
 stadens;  
**Bezirksrat II** mit dem Sitz in Hei-  
 delberg, umfassend  
 den im Norden von der derzeitigen  
 Würzburg = Mannheimer Bahnlinie  
 und im Osten von einer über die Höhe  
 des Gaisberges und Ameisenbunds  
 führenden Linie begrenzten Teil der  
 Gemarkung Heidelberg (einschließlich  
 des Friedhofes), ferner den nörd-  
 lich der erwähnten Bahnlinie gelegenen  
 Teil der Rohraderstraße samt allen  
 zum derzeitigen Haupt- und Güter-  
 bahnhof gehörigen Gebäuden, sowie  
 den von Sophienstraße, Hauptstraße,  
 Grabengasse und Leopoldstraße be-  
 grenzten Teil der Stadt (ausschließ-  
 lich der drei ergrannten Straßen,  
 jedoch einschließlich der Leopoldstraße);  
**Bezirksrat III** mit dem Sitz in Hei-  
 delberg, umfassend  
 die ganze nördliche Neckarseite der  
 Gemarkung Heidelberg, ferner südlich  
 des Neckars den im Süden von der  
 derzeitigen Würzburg = Mannheimer  
 Bahnlinie und im Osten von der So-  
 phienstraße begrenzten Stadteil (ein-  
 schließlich der Sophienstraße, jedoch  
 ausschließlich des nördlich der Bahn  
 gelegenen Teils der Rohraderstraße,  
 sowie der zum derzeitigen Haupt- und  
 Güterbahnhof gehörigen Gebäude), so-  
 wie den von Hauptstraße, Marstall-  
 straße, Marstall und Unterer Neckar-  
 straße begrenzten Stadteil (aus-  
 schließlich dieser Straßen und des Mar-  
 stalls);  
**Bezirksrat IV** mit dem Sitz in Hei-  
 delberg, umfassend die Gemeinden  
 Eppelheim, Kirchheim, Leimen, Auf-  
 lach, Rohrbach (mit Speererechhof und  
 Schießplatz), Sandhausen (mit Bruch-  
 hausen), St. Ngen, Wieblingen, Amts  
 Heidelberg, Ebingen, Amts Schwesin-  
 gen.  
**Bezirksrat V** mit dem Sitz in  
 Neckargemünd, umfassend die Gemein-  
 den:  
 Bannenthal, Brombach, Dilsberg,  
 Götberg, Gauangeloch, Heddesbach,  
 Aieingemünd, Lobensfeld, Mauer,  
 Medesheim, Mönchzell, Müdenloch,  
 Neckargemünd (mit Koblhof und Naim-  
 melbacherhof), Ochsenbach (mit Lin-  
 gental), Petersthal, Schönan, Spech-  
 bach, Waldhilsbach, Waldwimmers-  
 bach, Wiefenbach, Ziegelhausen, Amts  
 Heidelberg.  
 Bewerbungen sind binnen 14 Tagen  
 von Eröffnung dieser Bekanntmachung  
 bei unterfertigtem Amte einzureichen.  
 Zu der Bewerbung sind über Namen,  
 Geburts- und Wohnort, Alter, Fa-  
 milienverhältnisse, Vorbildung und  
 sonstige Tätigkeit wahrheitsgetreue  
 Angaben zu machen.  
 Jeder Bewerbung ist beizulegen:  
 1. eine Beurkundung über die Auf-  
 nahme unter die für eine Sammfogerei  
 befähigten Personen  
 auf Grund abgelegter Prüfung;  
 2. ein Zeugnis der Ortspolizeibe-  
 hörde des sitherigen Wohnorts,  
 beziehungsweise, wenn der Be-  
 werber nicht schon längere Zeit  
 an diesem Ort amwesend ist, des  
 früheren Wohn- oder Aufent-  
 haltortes über den Besitz eines  
 guten Leumunds, sowie beglau-  
 bigte Zeugnisse über die sitherige  
 Beschäftigung;  
 3. ein Zeugnis eines Staatsarztes  
 über eine zur Ausübung des Sa-  
 mmfogererwesens befähigende  
 rüthige Körperbeschaffenheit.  
 Heidelberg, den 4. Januar 1906.  
 Grobsh. Bezirksamt.  
 Dr. Gädete.

**Stammholz-Versteigerung.**  
 Die Gemeinde Ottersdorf versteigert  
 am Dienstag den 16. Januar  
 1. 3. vormittags um 10 Uhr anfan-  
 gend, in ihrem Gemeindegeld, Schlag  
 4 und Schweinsweide, nachverzeichnete  
 Holzsortimente:  
 133 Erlen,  
 94 Kappeln,  
 65 Eichen,  
 14 Buchen,  
 12 Weiden,  
 5 Fichten,  
 4 Kirschenbäume und  
 29 St. weidenes Kuchholz,  
 ferner wird bemerkt, daß unter den  
 Kappeln und Erlen schöne Stämme  
 vorhanden sind.  
 Die Zusammenkunft ist im Schlag 4  
 bei der Schweinsweide.  
 Ottersdorf, den 7. Januar 1906.  
 Das Bürgermeisteramt.  
 Uhrig.  
 vdt. Schmidt.

**Nadel-Nutzholz-Versteigerung.**  
 Das Grobsh. Forstamt Gudenfeld in  
 Forstheim versteigert mit Vorfrist-  
 bewilligung aus Domänenwaldbezirk  
 I Enghalde, Abt. 5, Kröninger Schlag,  
 10 Unterer Mühlhau, 11 Fuchsbau,  
 19 Oberer Scheiterbau, 22 Winterhal-  
 denschlag, Distrikt II 3.430.2.1  
**Büchenbronner Nagolbhalbe**  
 Abt. 10, Ergrube, Distrikt III Guden-  
 felder Nagolbhalbe Abt. 17, Reutle,  
 Distrikt VI Schönhalbe Abt. 2,  
 Gahnenacker, Distrikt VII Riß Abt. 5,  
 Drebersacker, 10 Linzenbusch und  
 Distrikt IX Lau am  
**Donnerstag den 25. Januar 1906,**  
**vormittags 9 Uhr,**  
 im Rathaus „zur Post“ in Dill-  
 Weisenstein:  
 Stämme: 15 St. I. M., 245 II M.,  
 1361 III. M., 5979 IV. M., 797  
 V. M.;  
 Abschnitte: 11 St. I. M., 54 II M.,  
 184 III. M.;  
 Klöße: 2 St. I. M., 20 II. M., 20  
 III. M.,  
 im ganzen 4406 Fm.  
 Auszüge erteilt das Forstamt, das  
 Holz wird auf Verlangen von den  
 betr. Forstwarten vorgezeigt.

**Brennholz-Versteigerung.**  
 Grobsh. Forstamt Durlach versteigert  
 mit Vorfristbewilligung am  
**Donnerstag den 18. Januar 1906,**  
**vormittags 1/2 10 Uhr,**  
 im Rathaus zu Wödingen aus Do-  
 mänenwaldbezirk I „Hohberg“ Abt.  
 3, 5 u. 6 und II „Schloberg“ Abt. I  
 u. 3:  
 246 St. buchenes, 57 St. eiche-  
 nes, 135 St. gemischtes Scheitholz;  
 132 St. buchenes, 245 St. gemisch-  
 tes Krügelholz;  
 925 St. buchenes, 3205 St. gemisch-  
 te Normalwellen; 12 Lofe Birken-  
 reißig auf Haufen, sowie 3 Lofe  
 Schlagraum.  
 Domänenwaldhüter Volk in Wösch-  
 bach zeigt das Holz im Distrikt „Hoh-  
 berg“ und Geis in Wödingen im Dis-  
 trikt „Schloberg“ vor. 3.448.

**Grobsh. Forstamt Rothensfeld** in  
 Mafstatt verkauft im Submissionswege  
 aus Domänenwaldbezirk II Krub-  
 berg Abt. 9 und 10 nachstehendes  
 Nadelholz unter den bekannten  
 Bedingungen: 3.431.  
 Abt. II 9: Fichtenstämme: 8 L,  
 2 I b., 24 II., 9 III. Klasse; Tannen-  
 stämme: 1 L., 5 II., 3 III., 8 IV.  
 Klasse; Abt. II 10: Tannenstämme:  
 2 L., 1 II., 10 III., 25 IV. Klasse;  
 Tannenabschnitte: 7 L., 28 II., 3 III.,  
 9 III. Klasse; Tannenklöße: 7 L., 17  
 II., 1 III., 13 III. Klasse.  
 Das Holz liegt an guten Wegen,  
 im Durchschnitt 9 km vom Bahnhof  
 Gagenau entfernt.  
 Die schriftlichen Angebote auf das  
 Forstamt, getrennt nach Holzarten  
 und Klassen sind verschlossen, und mit  
 der Aufschrift „Submission auf Nadel-  
 holz“ längstens bis zum Freitag den  
 19. d. M., morgens 10 Uhr, auf unse-  
 rem Geschäftszimmer einzureichen,  
 worauf am gleichen Tage nachmittags  
 2 Uhr im Rathaus in Rothensfeld die  
 Eröffnung stattfindet.  
 Forstwart Nieger in Mischelsbach zeigt  
 auf Verlangen das Holz vor.  
 Aus der Liste sind Abschriften vom  
 Forstamt erhältlich.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Wirkung vom 1. Februar l. J.  
 wird im Herr. - ungar. - französischen  
 Güterverkehr die Einlagerung und  
 Expedition von Holz auf unserer  
 Station Karlsruhe zugelassen.  
 Karlsruhe, den 1. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Am 1. Februar 1906 wird die Sta-  
 tion Reinerz des Eisenbahndirektions-  
 bezirks Wehrau in den ost-mittel-süd-  
 westdeutschen Verbandsgebietern auf-  
 genommen.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar l. J.  
 wird die Station Reinerz in den deut-  
 schen Verbandsgebietern über Hamburg  
 fortwährend aufgenommen. Ferner werden  
 vom 20. Februar l. J. an die Fracht-  
 sätze für Mannheim Bad. B. aufgehoben.  
 Sendungen von Mannheim werden  
 ausschließlich auf Grund der für Mann-  
 heim Dir.-Bezirk Mainz bestehenden  
 Frachtsätze abgefertigt.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Gudenfeld** in  
 Forstheim versteigert mit Vorfrist-  
 bewilligung aus Domänenwaldbezirk  
 I Enghalde, Abt. 5, Kröninger Schlag,  
 10 Unterer Mühlhau, 11 Fuchsbau,  
 19 Oberer Scheiterbau, 22 Winterhal-  
 denschlag, Distrikt II 3.430.2.1  
**Büchenbronner Nagolbhalbe**  
 Abt. 10, Ergrube, Distrikt III Guden-  
 felder Nagolbhalbe Abt. 17, Reutle,  
 Distrikt VI Schönhalbe Abt. 2,  
 Gahnenacker, Distrikt VII Riß Abt. 5,  
 Drebersacker, 10 Linzenbusch und  
 Distrikt IX Lau am  
**Donnerstag den 25. Januar 1906,**  
**vormittags 9 Uhr,**  
 im Rathaus „zur Post“ in Dill-  
 Weisenstein:  
 Stämme: 15 St. I. M., 245 II M.,  
 1361 III. M., 5979 IV. M., 797  
 V. M.;  
 Abschnitte: 11 St. I. M., 54 II M.,  
 184 III. M.;  
 Klöße: 2 St. I. M., 20 II. M., 20  
 III. M.,  
 im ganzen 4406 Fm.  
 Auszüge erteilt das Forstamt, das  
 Holz wird auf Verlangen von den  
 betr. Forstwarten vorgezeigt.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Wirkung vom 1. Februar l. J.  
 wird im Herr. - ungar. - französischen  
 Güterverkehr die Einlagerung und  
 Expedition von Holz auf unserer  
 Station Karlsruhe zugelassen.  
 Karlsruhe, den 1. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Am 1. Februar 1906 wird die Sta-  
 tion Reinerz des Eisenbahndirektions-  
 bezirks Wehrau in den ost-mittel-süd-  
 westdeutschen Verbandsgebietern auf-  
 genommen.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar l. J.  
 wird die Station Reinerz in den deut-  
 schen Verbandsgebietern über Hamburg  
 fortwährend aufgenommen. Ferner werden  
 vom 20. Februar l. J. an die Fracht-  
 sätze für Mannheim Bad. B. aufgehoben.  
 Sendungen von Mannheim werden  
 ausschließlich auf Grund der für Mann-  
 heim Dir.-Bezirk Mainz bestehenden  
 Frachtsätze abgefertigt.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Wirkung vom 1. Februar l. J.  
 wird im Herr. - ungar. - französischen  
 Güterverkehr die Einlagerung und  
 Expedition von Holz auf unserer  
 Station Karlsruhe zugelassen.  
 Karlsruhe, den 1. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Am 1. Februar 1906 wird die Sta-  
 tion Reinerz des Eisenbahndirektions-  
 bezirks Wehrau in den ost-mittel-süd-  
 westdeutschen Verbandsgebietern auf-  
 genommen.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar l. J.  
 wird die Station Reinerz in den deut-  
 schen Verbandsgebietern über Hamburg  
 fortwährend aufgenommen. Ferner werden  
 vom 20. Februar l. J. an die Fracht-  
 sätze für Mannheim Bad. B. aufgehoben.  
 Sendungen von Mannheim werden  
 ausschließlich auf Grund der für Mann-  
 heim Dir.-Bezirk Mainz bestehenden  
 Frachtsätze abgefertigt.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Wirkung vom 1. Februar l. J.  
 wird im Herr. - ungar. - französischen  
 Güterverkehr die Einlagerung und  
 Expedition von Holz auf unserer  
 Station Karlsruhe zugelassen.  
 Karlsruhe, den 1. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Am 1. Februar 1906 wird die Sta-  
 tion Reinerz des Eisenbahndirektions-  
 bezirks Wehrau in den ost-mittel-süd-  
 westdeutschen Verbandsgebietern auf-  
 genommen.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar l. J.  
 wird die Station Reinerz in den deut-  
 schen Verbandsgebietern über Hamburg  
 fortwährend aufgenommen. Ferner werden  
 vom 20. Februar l. J. an die Fracht-  
 sätze für Mannheim Bad. B. aufgehoben.  
 Sendungen von Mannheim werden  
 ausschließlich auf Grund der für Mann-  
 heim Dir.-Bezirk Mainz bestehenden  
 Frachtsätze abgefertigt.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Wirkung vom 1. Februar l. J.  
 wird im Herr. - ungar. - französischen  
 Güterverkehr die Einlagerung und  
 Expedition von Holz auf unserer  
 Station Karlsruhe zugelassen.  
 Karlsruhe, den 1. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Am 1. Februar 1906 wird die Sta-  
 tion Reinerz des Eisenbahndirektions-  
 bezirks Wehrau in den ost-mittel-süd-  
 westdeutschen Verbandsgebietern auf-  
 genommen.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar l. J.  
 wird die Station Reinerz in den deut-  
 schen Verbandsgebietern über Hamburg  
 fortwährend aufgenommen. Ferner werden  
 vom 20. Februar l. J. an die Fracht-  
 sätze für Mannheim Bad. B. aufgehoben.  
 Sendungen von Mannheim werden  
 ausschließlich auf Grund der für Mann-  
 heim Dir.-Bezirk Mainz bestehenden  
 Frachtsätze abgefertigt.  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.

**Grobsh. Forstamt Karlsruhe.**  
**Grobsh. Bad. Staats-**  
**Eisenbahnen.**  
 Mit Wirkung vom 1. Februar l. J.  
 wird im Herr. - ungar. - französischen  
 Güterverkehr die Einlagerung und  
 Expedition von Holz auf unserer  
 Station Karlsruhe zugelassen.  
 Karlsruhe, den 1. Januar 1906.  
 Grobsh. Generaldirektion.